

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zustellung 1.70 Mark, vierteljährlich  
3.30 Mark, durch die Post 3.25 Mark  
ausschließlich Zustellungsgebühren. Be-  
stellungen werden von allen Zeitungs-  
postämtern angenommen. In an-  
deren Zeitungen - Verzeichnisse unter  
Sonder-Zustellung eingetragen. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Genehmigung der  
Sonder-Zustellung gestattet.  
gemäß der Geschäftsleitung Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4607.

Morgen-Ausgabe.

# Neue-Zeitung

Clauudfünzigster Jahrgang.

**Anzeigen**  
werden die geputzte Kolonietexte  
oder deren Raum mit 30 Pf. berech-  
net und in unferen Annahmestellen  
und allen Anzeigen-Geschäften ange-  
nommen. Reklamen die Seite 1 bis  
Schluss der Anzeigen-Annahme  
sonntags 11 Uhr für die Sonntags-  
nummer ebenfalls 6 Uhr. Abstellun-  
gen von Anzeigenaufträgen, soweit  
solche zulässig sind, müssen schriftlich  
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.  
Erschließung täglich zweimal  
Sonntags einmal  
Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, De. Brunnstraße 17.  
Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 279a.

Halle, Montag, den 18. Juni

1917.

## Vergebliche englische Vorstöße.

### Oesterreichs Wiedergeburt.

Die Wandlungen des alten Kaiserstaates.

Der von einem führenden deutsch-österreichischen Abgeordneten wird uns geschrieben:

Wer etwa erwartet hat, daß das neu zusammengetretene österreichische Parlament durch den Krieg eine gründliche innere Wandlung durchgemacht hätte, der ist vollkommen enttäuscht worden. Die nationalen Gegnerschaften, wie sie ehemals zum Ausdruck kamen, sind noch die gleichen, ja, man kann sogar sagen, sie haben sich im gewissen Sinne verhärtet und man ist ihrer bewußter geworden. Da darf dann allerdings nicht vergeten werden, daß im österreichischen Reichsrat diejenigen Männer sitzen, wie im Jahre 1914 und daß diese Abgeordneten sich vor die Aufgabe gestellt haben, die gleichen Probleme zu lösen, an denen man sich so viele Jahre schon lang gewaltig vergebte. Ein grundlegendes Unterchied gegen früher besteht allerdings: Heute hegen alle Volkservertreter den ernsthaften Wunsch, den alten Staat endgültig aus der Welt zu schaffen, sie wissen wohl, daß dies ohne schwere Kämpfe nicht möglich sein wird, sie wissen aber auch, daß es an und für sich möglich ist, weil man es nunmehr mit einer ganz neuen Regierung, weil sagen, mit einem neuen Kaiser zu tun hat.

Kaiser Franz Joseph war gewiß noch bester Willen besaß, allein gerade während seiner Zeit, die für das Schicksal der Monarchie entscheidend hätte werden sollen, ist er bereits ein alter Mann gewesen und es hat ihm an der nötigen Energie, an der unerbittlichen Zielbestimmtheit und auch an den notwendigen neuen Methoden gefehlt. Das Verhalten der alten Regierung war notwendig auf teilweise Rücksichten gestützt, man wollte sich mit allen Völkern gut verhalten, wollte jedem etwas geben und aus diesen Absichten ist dann die Folge, so verhängnisvoll geworden, Sohegen des kühnen Rufhandels geworden, durch das die Begehrlichkeit ständig gesteigert wurde, weil keines der Völker eine Grenze sah, die ihm sagte: Bis hierher und nicht weiter! Kaiser Karl hat seinen Zweifel daran gelassen, daß er sein erstes Ziel darin erblickt, seinem Lande den Frieden zu geben. Den äußeren und den inneren. Um den äußeren Frieden zu erreichen, ist Kaiser Karl bereit, Verfassungsreformen durchzuführen, die dem Nationalitätenprinzip entsprechen, nicht allein, weil er dadurch glaubt, mit den bisherigen Gegnern zu einer leichteren und schnelleren Verständigung kommen zu können, sondern weil es auch seine eigene Überzeugung ist. Hierbei muß berücksichtigt werden, welchen Einfluß der junge Monarch ausgeübt hat. Einer der kühnsten und ihm am nächsten liegenden Bestrebungen ist Prinz Hofenlohe, der Bruder des K. u. K. Hofkassiers in Berlin, der sogenannte „rote Prinz“, ein Mann von ausgeprägter deutscher aber nicht minder überzeugter demokratischer Gesinnung. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß Prinz Hofenlohe sich zu den modernsten Grundrissen der neuen demokratischen Strömungen bekennt, die im Selbstbestimmungsrecht der Völker einen wichtigen Programmpunkt aller kommenden künftigen Neuordnung betrachten. Ähnlichen Anschauungen dürfte auch der junge Kaiser huldigen.

Wenn er also gewillt ist, den Völkern Oesterreichs Autonomie zu gewähren, so ist er nichtsdestoweniger entschlossen — es geht dies auch aus den Erklärungen des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martini in Herrenhause hervor — das Grundgesetz der Verfassung, aus dem Jahre 1861 hervorgehend, unverändert bestehen zu lassen. Belommen die Völker aus Autonomie, so wird der Staat Oesterreich noch keineswegs zum Bundesstaat, ein Gebilde, der im übrigen auch bei den Ungarn auf den allerbestehenden Widerstand stoßen würde. Die Meinungen darüber, ob es der Regierung gelingen wird, auf die Dauer ihre Grundzüge durchzuführen oder nicht, sind in Wiener Abgeordnetensitzen ziemlich geteilt. Die Slaven erklären, daß sie, obgleich sie gewillt sind, die österreichische Staatseinheit aufrecht zu erhalten und nichts gegen dieses Gezüge zu unternehmen, sich mit der Autonomie nicht begnügen können, sondern ein neues Oesterreich nur auf föderativer Grundlage haben wollen. Heute läßt es sich noch nicht absehen, ob solche Forderungen Erfüllung finden werden, daß sie auch von der sozialdemokratischen Partei starke Unterstützung erfahren. Im Grunde ist der ganze Streit mehr formalistisch als praktisch, denn ein wesentlicher Unterschied zwischen Autonomie und Staatenbund besteht kaum.

T. U. Sudapet, 16. Juni. Bei der nächsten Donnerstag stattfindenden Parlamentsberatung wird das Kabinett Czernin Erklärung über die Abtragung und den Wirtschaftsausgleich mit Oesterreich abgeben. In den Städten wird das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht flüchtig durchgeführt werden, auf dem Lande bleibt eine offene Wahlordnung. Als wichtige Neuerung wird voraussichtlich das Stimmrecht auch den Kriegswitwen und Witwern des Karl-Truppen-Kreuzes gegeben werden. — Bei der heutigen Reichsberatung des Präsidiums über seine Partei erklärte Graf Albert Appony über den Ausgleich: Trotz der notgedrungenen Wirtschaftsverbindungen mit Deutschland haben wir mit der Wiener maßgebenden Kreise eine Formel her-

### Amthcher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 17. Juni.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war der Artilleriekampf abends südöstlich von Ypern und nördlich von Armentières stärker. Südwestlich von Baretton ließen englische Abteilungen zweimal vor; sie wurden zurückgeschlagen.

Vom Kanal von La Bassée bis zur Bahn von Eras-Sambrai herrschte reger Kampftätigkeit der Schützen. Bei Monchy und Croisilles setzten die Engländer ihre Vorstöße morgens und abends fort. Während der Feind östlich von Monchy glatt abgemessen wurde, drang er nordwestlich von Bassecour vorübergehend in unsere Gräben ein. In Gegenständen, bei denen wir über 70 Gefangene einschickten, wurde die Stellung zurückgenommen. Auch südwestlich von Cambrai, sowie zwischen Somme und Dike zeigte sich der Feind ruhiger als in letzter Zeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisne-Front schwoll das Feuer zeitweilig zu erheblicher Stärke an.

Im Chemin des Dames brachen abends Sturmtruppen eines bayrischen Regiments in die französische Stellung nordwestlich des Gefäßes Hartebise, erlitten sich den Besitz einer Bergschneise und hielten sie gegen drei starke Gegenangriffe. 25 französische Kämpfer mit vier Maschinengewehren wurden hier ergriffen.

In der Champagne war vielfach die Feuerstätigkeit reger.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Deftlicher Kriegsjahresplan.

Die Gefechtsstätigkeit westlich von Luch, südöstlich von Blozom und im Karpaten- und Woland nahm zu. Bei Brzezan wurde ein russischer Erkundungsvorstoß zurückgewiesen.

Mazedonische Front.

In der Strumani-Region räumten die Engländer mehrere Ortschaften, nachdem sie von ihnen in Brand gesetzt worden waren.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

### Luftangriffe auf Lebara und Runö.

WTB. Berlin, 17. Juni. (Amthlich.) Regere Tätigkeit der russischen Gehehrräte im Unterwasser- und Minenkrieg haben Veranlassung zu Überwachungsmaßnahmen deutscherseits gegeben, die nachfolgendes Ergebnis hatten: Am 13. Juni belegten Flugzeuge den russischen Stützpunkt Lebara ausgiebig mit aufblühenden Spreng- und Brandbomben. Am 14. Juni wurde die auf der Insel Runö (im Rigger Meerbusen) befindliche K.-A.-Station mit schätzbarem Erfolg mit Bomben belegt. Im Hauptort sowie in den Nebengebäuden wurden zahlreiche Gebäude zerstört. Im Anhang ist eine Aufnahme vom 15. Juni ein Teil unserer Flugzeuge auf der Insel und zerstörten die noch überlebenden Teile dieses Stützpunktes. Alle Flugzeuge sind nach Durchführung ihrer Aufgabe zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

einheit, welche das Selbstverfügungsrecht Ungarns vollständig sichert, das durch die zwanzigjährige Ausleischfrist geführt war. — Aus Anlaß seines heute stattfindenden Bestattungs wurde der hier weilende Generalslabchef von Erz- und Könige zum Inhaber des in Siebenbürgen stationierten Feldjäger-Batallions Nr. 29 ernannt.

### Oesterreichsches Abgeordnetenhaus.

WTB. Wien, 16. Juni. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung des Budgetprovisoriums fort. Der Abgeordnete Krel (Slovener) trat für die Erfüllung der südslawischen Forderungen ein, die nur im Interesse der Adria-politik und der Balkanpolitik der Monarchie gelegen seien. Der Italiener Gentili gab der Schlucht nach Frieden Ausdruck. Der Ukraine u. Basilla erklärte: Die Ukraine und Rutowina wollen in demokratischer Form die Monarchie und zur Dynastie gegen die Verbände der Grenzgen durch Ausschließung ihrer Heimat von Oesterreich zurück. Abgeordneter Staninik (polnische Volkspartei) sagte: Alle Hoffnungen auf Vereinigung unter den Polen werden an der Geschlossenheit aller polnischen Parteien für die Idee eines unabhängigen Polens scheitern. Die Polen wollen mit Unabhängigkeit gehen, aber die Regierung hat alles getan, um den Polen die Gefühle zu verletzen. — Das Budgetprovisorium wurde sodann dem Budgetauschuss zugewiesen, dem zur Beratung und Berichterstattung eine Frist bis zum 21. d. M. abends gesetzt wird. Die Regierungsvorlage, betreffend die Verlängerung der Mandatsdauer der Abgeordneten wurde dem Verfassungsausschuss mit einer abtätigen

Prift zur Berichterstattung überwiesen. Nächste Sitzung am 22. d. M., Tagesordnung: Zweite Lesung des Budgetprovisoriums.

### Abschiedsreden an Tisza.

T. U. Budapest, 16. Juni. Eine Extraausgabe des Amtsblattes veröffentlicht auffallenderweise ohne Gegenstände gehaltenes Abschiedsreden des Königs an den Grafen Tisza. Der König spricht seine Anerkennung und Dank für das Wirken Tiszas in Frieden und Krieg aus und hofft, mit dem Ausdruck seiner unveränderten Gewad, daß Tisza seine vielseitigen Erfahrungen und sein hervorragendes Talent den öffentlichen Angelegenheiten nicht entziehen werde. Gämliche lebenden Minister mit Ausnahme Tiszas erhielten hohe Auszeichnungen.

### Die Stellung des Polenklubs zur neuen österreichischen Regierung.

WTB. Wien, 16. Juni. Im Ministerium fand mittags eine Konferenz des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martini mit dem Präsidium des Polenklubs statt, worauf das Präsidium zu einer Sitzung zusammentrat. Wie verlautet, hat man nach einer längeren Debatte einen von vier Gruppen gestellten Kompromißantrag beschlossen, der lautet: 1. Der Polenklub beantragt kein Beschluß, dem Ministerpräsidenten zu erklären, daß er die Regierungsbildung unterstützen werde, und daß er aus dieser seiner Zustimmung die Konsequenzen ziehen werde. Der Polenklub ist jedoch bereit, mit der neuen Regierung in Verhandlungen zu treten; 2. in Ausführung des Beschlusses seines Budgetauschusses gegen das Budgetprovisorium zu stimmen, erwidert er die Ausschlußmitglieder jedoch, dem Ausschuss zu erklären, daß der Klub für die Staatsnotwendigkeiten stimmen werde, insofern die neue Regierung das Vertrauen des Polenklubs befragen werde. Der Antrag der konzerativen Gruppe, der sich für weitere Verhandlungen mit der Regierung ausspricht, wurde abgelehnt.

### Rußland.

#### Die Ereignisse in Kronstadt.

Berlin, 16. Juni. Im Leitartikel vom 2. Juni erörtert das Blatt des Kriegsministeriums, „Ruhstij Inostran“, die Ereignisse in Kronstadt und schreibt u. a.: Während des Amtsantrittes haben sich in Kronstadt Irregularitäten ereignet, die Unbeliebte Vorgehens wurden unter erschwerenden Umständen und Qualitäten hingemordet. Als Kronstij, Stobelen und Kornilow nach Kronstadt kamen, wurden sie mit den ihnen gebührenden Ehren empfangen. Raum aber hatten sie der Zeitung den Rücken gekehrt, da letzte die alte Anarchie aus neue ein. Die Offiziere müssen im Nachhinein eine Behandlung erdulden, die viel schlimmer ist, als die der Kettensträflinge unter dem alten Regime. Wenn solche Zustände in Kronstadt Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit genannt werden, dann muß man sagen, daß die Kronstädter Bürger diesen Worten eine recht eigentümliche Deutung geben. Deutlich genug steht man jetzt, welche Krise die russische Eigenmächtigkeit gebildet werden, so muß man sich fragen, wo der Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Regime liegt.

#### Fransösischer Kagenjammer über Rußland.

Berlin, 16. Juni. Die fortschreitende Entwicklung der Dinge in Rußland scheint bei dem französischen Bundesgenossen einen bösen Kagenjammer hervorzurufen zu wollen. Es stellt sich heraus, so heißt es nämlich im „Nouvelles de Bordeaux“, daß wir vollkommen Recht hätten, uns nicht über die russische Revolution zu freuen, denn sie laßt nun ungeheuer schwer auf unsere Truppen, unserer Diplomatie, auf unseren bereitwilligen Kriegeswillen, und damit auf unserer nationalen Zukunft. So wir ziehen dabei den Ärgern. Deutlich genug steht man jetzt, welche Krise die russische Revolution bei uns hervorgerufen hat. Nein, diese Revolution ist kein lebensfähiger Ausbruch eines genialsten patriotischen Gefühls; sie ist vielmehr eine jenseitige geistige und legale Krankheit, wie wir sie früher selbst mit allen Sorgen und Qualen durchgemacht und immer noch nicht ganz überwunden haben. Des Jarentums beraubt, sind die Russen nicht imstande, die nötige Forderung des Staatsweins zu vermeiden, und wir sind jetzt so weit gekommen, daß unsere Regierung sogar Esch-Lotzingsens wegen beim revolutionären Rußland pflücken muß.

#### Die Forderungen der Ukraine.

T. U. Budapest, 16. Juni. Dem „Kaiser Lloyd“ wird aus Stockholm gemeldet: Das holländisch-kanadische Komitee verhandelte gestern mit dem ukrainischen Abgeordneten Dr. Lemniczky. Der Berichterstatter erklärte, die höchste Forderung sei die Bereinigung der russisch-polnischen Ukraine und der ungarischen Kleinstaten zu einem selbstständigen Staate. Sie wollen aber keinesfalls an Polen

